

Kommunal – Information

01.02.2012

**kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V**

www.kf-lsa.de

[Mitglied werden](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

Inhalt

1. Themen

1.1 Daseinsvorsorge

1.2 Kommunen und Finanzkrise

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

1.4 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

1.1 Daseinsvorsorge

- [Rechnungshöfe von Bund und Ländern stellen Kostenvorteile Öffentlich-privater Partnerschaften in Frage - Rein staatliches Engagement wäre vielfach günstiger](#)
Das Hauptaugenmerk der Rechnungshöfe richtet sich auf die Wirtschaftlichkeitsprüfungen, auf deren Grundlage überhaupt erst eine Entscheidung pro oder contra ÖPP getroffen wird. Diese wiesen »in vielen Fällen methodische und rechnerische Fehler« auf. Bei den untersuchten 30 Projekten konnten die Prüfer in neun Fällen verlässlich die Kostenunterschiede zwischen ÖPP- und konventionellem Bau- und Finanzierungsmodell ermitteln. In nur zwei Fällen erwies sich die ÖPP-Variante als die geringfügig bessere. Sechsmal fiel das Ergebnis zu ihren Ungunsten aus. Hier geht es zu [einem Artikel in der Jungen Welt](#) dazu. Hier kann der [Erfahrungsbericht](#) des Rechnungshofes gelesen werden.
- [SG Duisburg: KdU in NRW ist nach dem WNG zu bestimmen](#)
In einer [erneuten Entscheidung](#) hat diesmal das SG Duisburg festgestellt, für die Festsetzung der Angemessenheit sei in NRW das WNG maßstäblich, folglicherweise gelten 50 qm für eine Person als angemessen und nicht 45 qm.
- [Viele Windräder kommen in die Jahre - Chance für Kommunen](#)
Viele der mehr als 20.000 Windräder in Deutschland kommen bald in die Jahre, für Städte und Dörfer mit Windparks bedeutet das nach Expertenansicht eine große Chance. „Das ist eine

Gelegenheit für Kommunen, die Nutzung der Windenergie neu zu ordnen“, sagte Energieexperte [mehr...](#)

- **VG Berlin: Private Unternehmen dürfen nicht generell von Notfallrettung in Berlin ausgeschlossen werden**

Private Krankentransportunternehmen dürfen nicht ohne Weiteres von der Notfallrettung in Berlin ausgeschlossen werden. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin entschieden. Die Behörde war davon ausgegangen, dass kein Bedarf herrsche, dies hat das Gericht anders gesehen. Es hat aber die Berufung gegen sein Urteil vom 25.10.2011 (Az.: VG 21 K 85.10, BeckRS 2011, 55891) zugelassen. [Beck aktuell](#) berichtet. Hier geht es zur [Pressemitteilung](#) des Verwaltungsgerichts.

- **»Genossenschaften sind eine Reaktion auf Politikverdrossenheit«**

Der Freiburger Soziologe Burghard Flieger über Daseinsvorsorge und das wachsende Interesse, sich einzumischen - [ein Artikel im Neuen Deutschland](#). Infos zur Gründung von Energiegenossenschaften [finden sich hier](#).

- **PPP ist Privatisierung**

Es scheint ein zentrales Ziel der PPP-Lobby zu sein, darzustellen, dass PPP keine Privatisierung ist. Diese Form der unbelegten Vor-Behauptung macht es der Lobby offenbar im ganzen folgenden Prozess wesentlich leichter, Menschen dazu zu bringen, sich auf so ein doch relativ unbekanntes und gleichzeitig komplexes Konstrukt wie PPP einzulassen. Was PPP stattdessen sein soll, stellt man auch dar: "PPP ist eine alternative Beschaffungsmaßnahme." Beide Aussagen bleiben allerdings unbelegt. Was es tatsächlich damit auf sich hat, [zeigen wir in diesem Faktenblatt](#).

1.2 Kommunen und Finanzkrise

- **[Erfolgreiche Zukunft nur mit mehr Europa!](#)**

Kommunen als Motor der Revitalisierung des Integrationsprozesses [mehr...](#)

- **[Weitere Finanzhilfen des Landes zur Teilentschuldung](#)**

Der Salzlandkreis, der Kreis Anhalt-Bitterfeld sowie die Städte Bernburg und Zerbst erhielten kürzlich Finanzhilfen des Landes Sachsen-Anhalt zur Verringerung der Schuldenlast. Die insgesamt fünf Altkredite für die vier genannten Kommunen (Landkreis Anhalt-Bitterfeld: zwei Altkredite) wurden abgelöst. Insgesamt geht es um die schlagartige Verringerung der Schuldenlast in den Orten durch sofortige Tilgungszuschüsse in Höhe von rund 3,1 Millionen Euro. [mehr...](#)

- **[Haushaltsdefizit der Kommunen wird kleiner](#)**

Die Finanzlage der Kommunen in Deutschland hat sich verbessert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sank das Haushaltsdefizit der Städte und Gemeinden in den ersten drei Quartalen 2011 auf 5,3 Milliarden Euro. Das sind 4,6 Milliarden Euro weniger als im Vergleichszeitraum vor einem Jahr. ... (Focus/Deutschlandradio, 16.12.2011) [Ganzer Artikel hier](#)

- **[In Sachsen-Anhalt gehen die Lichter aus](#)**

Steigende Stromkosten und leere Kassen zwingen die Kommunen auch nachts zum Sparen. Mit Einbruch der Dunkelheit bleiben auf Straßen und Plätzen immer mehr Laternen aus oder leuchten mit verringerter Kraft. Beschwerden aus [mehr...](#)

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

- **[EuGH: Praxis der betrieblichen Altersversorgung für Arbeitnehmer des kommunalen öffentlichen Dienstes verstößt gegen Vorgaben des europäischen Vergaberechts](#)**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH – Große Kammer) hat mit Urteil vom 15.07.2010 (C-271/08) zur Praxis der betrieblichen Altersversorgung für Arbeitnehmer des kommunalen öffentlichen Dienstes in Deutschland Stellung genommen.

- **Gläubiger können Schulden nicht beim Jobcenter eintreiben**
Der **BGH hat klargestellt**, dass Gläubiger ALG II nicht beim Jobcenter pfänden lassen können. Dieses gelte auch dann, wenn Schulden nur teilweise gepfändet werden sollen. Das entschied der BGH am 13.10.2011 - VII ZB 7/11. Damit wird verhindert, dass Gläubiger Forderungen direkt beim Jobcenter wegpfänden können. Anmerkung dazu: handelt es sich aber um Schulden beim Jobcenter, dürfen diese die Regelleistungen um 30 % oder in Verbindung mit Sanktionen bis auf Null kürzen (§§ 31b und § 32, § 42a und § 43 SGB II). Hier scheint das menschenwürdige Existenzminimum nicht mehr zu gelten.
- **Der schmale Grat zwischen "kleinem Dankeschön" und Bestechung**
Kurz vor und nach dem Jahreswechsel ist die Zeit der Geschenke und des Dankes für eine gute Zusammenarbeit. Um Bestechung vorzubeugen, hat die Stadt Saarbrücken klare Regeln aufgestellt. Demnach sind nur kleine [mehr...](#)

1.4 Verschiedenes

- Die **Broschüre „Steuertipps für Vereine“** ist ab sofort als überarbeitete Neuauflage in den Finanzämtern des Landes erhältlich und kann außerdem aus dem Internet unter www.mf.sachsen-anhalt.de heruntergeladen werden.
[MEHR >>](#)
- Die Landesregierung hat am 20.12.2011 eine Verordnung zum Wasserentnahmeentgelt beschlossen. Die in Sachsen-Anhalt aus dem Wassercenent erwarteten Einnahmen in einer Höhe von netto rund zehn Millionen Euro im Jahr werden vollständig für wasserwirtschaftliche Zwecke eingesetzt, insbesondere auch für den Hochwasserschutz. Die Verordnung gilt ab 01.01.2012.
[MEHR >>](#)
- **Behörden: Was darf ich annehmen und was nicht?**
Welche Geschenke und Zuwendungen Beamte und andere Behördenmitarbeiter annehmen dürfen, ist oft kaum bekannt. Daher veröffentlichte das Bundesinnenministerium am Freitag anlässlich des Anti-Korruptionstags einen 52 Fragen umfassenden Katalog zu den Regeln im Umgang mit ...
(MZ, 09.12.2011) [Ganzer Artikel hier](#)
- [Fragen-/Antwortenkatalog zum Thema Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen \(Zuwendungen\)](#)

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

► Sabine Dirlich zum Bundeskindergeldgesetzes (Grundsicherungsgesetz für Sachsen-Anhalt – GruSiG LSA)

Mit heute zu verabschiedendem Gesetz erfüllen wir eine Pflicht, die uns mit der Änderung des Grundsicherungsgesetzes auferlegt wurde. Das Land verzichtet vollständig darauf, eigene Akzente zu setzen - das kann man machen, muss man... **MEHR**

► Gerald Grünert zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Gesetzes über die Verbandsgemeinde in Sachsen-Anhalt

Nunmehr liegt uns mit der Drucksache 6/645 die Beschlussempfehlung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Verbandsgemeindegesetzes vor. Sie offenbart, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, Ihre mangelnde... **MEHR**



► Dr. Angelika Klein zur Haushaltsdurchführung der Landesregierung

Das Konjunkturpaket des Bundes, auch Zukunftsinvestitionsgesetz genannt, hat viel Gutes für das Land und die Kommunen gebracht. Die meisten Baumaßnahmen gingen nach anfänglichen Schwierigkeiten relativ geräuschlos über die Bühne... **MEHR**

► Dr. Angelika Klein zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2010/2011 und des Gesetzes über das Vermögen „Altlastensanierung Sachsen-Anhalt“ (Nachtragshaushaltsgesetz 2011)

Der Nachtragshaushalt der uns heute vorliegt, entspricht in keiner Weise dem, was die Landesregierung uns seit Jahr und Tag erzählt. Sie stehe für „Konsolidieren, Investieren und Vorsorgen“. Vom Konsolidieren kann nicht die Rede... **MEHR**

► Guido Henke zum Entwurf eines Gesetzes über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Sachsen-Anhalt

Nach dem Ruffert-Urteil des EuGH von 2008 können die öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung allgemeinverbindlicher oder gesetzlicher Mindestlöhne verlangen. Nicht mehr, auch nicht weniger. Der EuGH bekräftigt sogar ausdrücklich... **MEHR**

► Frank Hoffmann zu „Sachsen-Anhalt - Land der Moderne - 100 Jahre Bauhaus 2019“

Das Bauhaus, Deutschlands berühmteste Kunst- und Designeinrichtung der klassischen Moderne, 1919 von Walter Gropius gegründet, hatte seinen Hauptwirkungsort in Dessau. Es ist Zeugnis und Inbegriff einer bahnbrechenden kulturellen... **MEHR**

3. Veranstaltungen

- **Mitgliederversammlung des „kommunalpolitischen forum“ Sachsen-Anhalt e.V. am 04.02.2012 ab 10:00 Uhr im Landtag von Sachsen-Anhalt**
- **16. Februar 2012 - Tagung des Projekts "Gut leben im (hohen) Alter"**
Veranstalter: [Fachhochschule Potsdam](#)
Ort: Potsdam
- **12. bis 13. März 2012 - Management nachhaltiger Stadtentwicklung**
Veranstalter: [Deutsches Institut für Urbanistik \(Difu\)](#)
Ort: Berlin
- **19. bis 20. März 2012 - Kommunale Beteiligungskultur: Konsequenzen für die lernende Verwaltung**
Veranstalter: [Deutsches Institut für Urbanistik \(Difu\)](#)
Ort: Berlin
- **27. bis 29. März 2012 - Kongress „Energieautonomie Kommunen“**
Veranstalter: [fesa e.V.](#)
Ort: Freiburg
- **7. bis 8. Mai 2012 - Neue Mobilitätsangebote im öffentlichen Straßenraum**
Veranstalter: [Deutsches Institut für Urbanistik \(Difu\)](#)
Ort: Köln

4. Veröffentlichungen

- **Aktuelle DStGB-Publikationen erschienen**
Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat zwei aktuelle Dokumentationen veröffentlicht, die sich auch mit dem Themenbereich „Öffentliche Auftragsvergabe“ befassen.
- **Eliten in Münster. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und lokale Machtkämpfe**
Dieter Hoffmeister, Björn Wendt; Reihe: Münsteraner Schriften zur Soziologie Bd. 6, LIT Verlag, 2011, ISBN: 978-3-643-11363-4
Kurzbeschreibung: „In der Reihe "Münsteraner Schriften zur Soziologie" erscheint mit "Eliten in Münster" nun ein Pendant zum Münsteraner Armutsbericht. In der vorliegenden Studie wird der Frage nachgegangen, welche Antworten von den kommunalen Eliten auf die prekären Lebenslagen der in Münster Ausgeschlossenen zu erwarten sind. Dazu werden unter

anderem Aspekte wie Lebenslage, Herkunftsbedingungen und Einstellungsmuster der Eliten näher in den Blick genommen.“

- **Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten**

Von Karen Schönwälder, Cihan Sinanoglu und Daniel Volkert: Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Die Studie entstand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und wurde gefördert durch die Stiftung Mercator. [Sie kann hier heruntergeladen werden.](#)

- **Städtepartnerschaften - Instrument der „kommunalen Außenpolitik“ der Städte und Gemeinden**

Die Dokumentation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes befasst sich mit den europäischen und internationalen Städtepartnerschaften. [Sie kann beim DStGB bestellt werden.](#)

Und außerdem ...

wünschen wir allen Leserinnen und Lesern des Newsletter ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2012!